

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 13.01.2026


Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:46 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiterin: Frau Schwarz
Schriftführer: 

Tagesordnung:

- | I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen-
Nummer |
|------|---|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 3.1. | Sachbericht zur ordnungsgemäßen Verwendung städtischer Mittel und Zuschüsse an das Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD)
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend | 0079/26 |

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 4. | Behandlung von Anfragen | |
| 4.1. | Erwachsenenstreetwork: Wie ist der Sachstand des Ab-
rufs der Mittel und der Einrichtung der Stellen?
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr
Robeck
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales | 1857/25 |
| 5. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 5.1. | Förderung gesundheitsbezogener Projekte nach FRL-
GesundheitEF im Jahr 2026
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit,
Bürgerservice und Gesundheit | 2896/25 |
| 5.2. | Wahl des/ der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden
des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gleichstellung
BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister | 2915/25 |
| 5.3. | Förderung sozialräumlicher Projekte der freien Wohl-
fahrtpflege nach der FRLSozialesEF im Jahr 2026
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und
Jugend | 2923/25 |
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird
– für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit | 1273/25 |
| 6.1.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur
Drucksache 1273/25 - Mehr Gesundheit dort, wo sie ge-
braucht wird - für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk | 0095/26 |
| 6.2. | Erfurter Gemeinschaftsunterkünfte brauchen ein Quali-
tätsmanagement
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bil-
dung und Jugend | 1884/25 |
| 6.3. | Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in
öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt
BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister | 2591/25 |

- 7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 02.12.2025 – 3. Evaluierung des Maßnahmenplanes für das Erfurter Integrationskonzept (Drucksache 2290/25) hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister **2893/25**
- 8. Informationen
- 8.1. 3. Evaluierung des Maßnahmenplanes für das Erfurter Integrationskonzept
BE: Beauftragter für Migration und Integration
hinzugezogen: von Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN benannte soziale Vereine und Verbände **2290/25**
- 8.2. Mündliche Informationen
- 8.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke), eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Nach der Begrüßung der Ausschussmitglieder, des Beigeordneten für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe und aller Gäste stellte sie die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn waren 12 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen drei schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke) informierte, wurde durch ihre Fraktion die dringliche Behandlung der Drucksache 0079/26 – Sachbericht zur ordnungsgemäßen Verwendung städtischer Mittel und Zuschüsse an das Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD) – beantragt. Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht, sodass sie über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Damit wurde die erforderliche Mehrheit erreicht. Die Drucksache wurde unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 aufgerufen.

Weiterhin lag zum Tagesordnungspunkt 6.1 – Mehr Gesundheit dort, wo sie gebraucht wird - für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk (Drucksache 1273/25) – ein nicht fristgerecht eingereichter Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 0095/26 vor. Mangels Wortmeldungen stellte die Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	6

Damit wurde die erforderliche Mehrheit erreicht. Die Drucksache wurde unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 behandelt.

Auf Vorschlag der Stadtverwaltung wurde wegen des sachlichen Zusammenhangs die gemeinsame Beratung des Tagesordnungspunktes 7.1 (Drucksache 2893/25) – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 02.12.2025 – 3. Evaluierung des Maßnahmenplanes für das Erfurter Integrationskonzept – mit dem TOP 8.1 (Drucksache 2290/25) – 3. Evaluierung des Maßnahmenplanes für das Erfurter Integrationskonzept – beantragt. Aufgrund der Anwesenheit von Gästen sollte der Tagesordnungspunkt indes vorgezogen werden.

Von Seiten der Ausschussmitglieder bestand kein Widerspruch.

Da keine weiteren Anträge gestellt wurden, wurde über die Tagesordnung in geänderter Form wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. **Sachbericht zur ordnungsgemäßen Verwendung städtischer Mittel und Zuschüsse an das Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD)** **0079/26**
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 8.1 aufgerufen.

Herr Dr. Wolfram (Fraktion Die Linke) begründete die Drucksache mit Pressemeldungen zu Unregelmäßigkeiten im Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln und bat um Zustimmung.

Die Kurzfristigkeit der Entscheidungsvorlage sowie die dadurch nicht vorliegende Stellungnahme der Verwaltung aufgreifend hinterfragten Herr Grenzdörffer und Frau Hantke (Fraktion SPD & PIRATEN) die Belastbarkeit der Vorwürfe bzw. das Ausmaß der vertraglichen Beziehungen zwischen dem Träger und der Landeshauptstadt, ohne die Notwendigkeit einer Prüfung grundsätzlich in Frage zu stellen.

Wie der Leiter des Amtes für Soziales, Herr Schellenberg, mitteilte, ist das Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD) ein thüringenweit agierender Leistungserbringer, der in verschiedenen Bereichen der Sozialgesetzbücher tätig ist. Vor dem Hintergrund des umfassenden Prüfauftrags, der in die Zuständigkeit verschiedener Ämter und Fachbereiche greift, bat er darum, den Zeithorizont auf Ende des 2. Quartals 2026 zu verlängern.

In der anschließenden Aussprache, an der sich Frau Hantke, Herr Grenzdörffer (beide Fraktion SPD & PIRATEN) und Frau Morgenroth (Fraktion Mehrwertstadt) beteiligten, erläuterte Herr Schellenberg (Leiter des Amtes für Soziales) die Systematik der Entgeltvereinbarungen sowie bereits stattfindende Plausibilitätsprüfungen. In einem ersten Schritt konnten keine gravierenden wirtschaftlichen oder qualitätsbezogenen Defizite festgestellt werden.

Auf Vorschlag der Verwaltung sollte der Beschlussvorschlag redaktionell wie folgt geändert werden:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen Sachbericht zur ordnungsgemäßen Verwendung städtischer Mittel und Zuschüsse an das Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD) zu erstellen und diesen dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bis zum Ende des II. Quartals 2026 vorzulegen. **Dabei ist insbesondere auf die Fragestellungen gemäß Anlage 1 einzugehen.***

Nach Aussage der Ausschussvorsitzenden, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke) wurde der geänderte Wortlaut durch den Einreicher in den Beschlusstext übernommen. Sodann ließ sie über die Drucksache in geänderter Fassung abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen Sachbericht zur ordnungsgemäßen Verwendung städtischer Mittel und Zuschüsse an das Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD) zu erstellen und diesen dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bis zum Ende des II. Quartals 2026 vorzulegen. Dabei ist insbesondere auf die Fragestellungen gemäß Anlage 1¹ einzugehen.

¹ Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 1 bei. Diese beinhaltet die zwölf Fragestellungen aus dem Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache sowie allgemeine Hintergrundinformationen zu den vertraglichen Beziehungsverhältnissen zwischen dem Trägerwerk sozialer Dienste in Thüringen gGmbH (TWSD) und der Landeshauptstadt Erfurt.

4. **Behandlung von Anfragen**
- 4.1. **Erwachsenenstreetwork: Wie ist der Sachstand des Abrufs der Mittel und der Einrichtung der Stellen?** 1857/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

5. **Behandlung von Entscheidungsvorlagen**
- 5.1. **Förderung gesundheitsbezogener Projekte nach FRL-GesundheitEF im Jahr 2026** 2896/25
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Mit Blick auf die Vielzahl an Projektanträgen bekräftigte Frau Hantke (Fraktion SPD & PI-RATEN) den Wunsch nach einer transparenten Darstellung der einzelnen Projektinhalte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, brachte die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke) die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 7 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Auswahl der gesundheitsbezogenen Projekte nach Fördergegenstand 2.2 der Förderrichtlinie zur Erfüllung gesundheitsbezogener Aufgaben (FRLGesundheitEF) im Jahr 2026 entsprechend der Anlage 1².

² Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 2 bei.

02

Die grundsätzlich förderfähigen Projekte (Rang 8 und 9) gemäß Anlage 2³ werden als Nachrückerliste beschlossen. Sofern Antragstellende nach Anlage 1 zurücktreten, kann bis 31.03. des Folgejahres die Förderung an die hier aufgeführten Projekte vergeben werden.

03

Abweichend von der FRLGesundheitEF können Mittel, die durch Rücktritt nach dem 31.03.2026 nicht vergeben werden, nach Ermessen der internen Steuerungsgruppe für andere gesundheitsförderliche Maßnahmen und Projekte vergeben werden.

04

Die finanzielle Unterstützung der Projekte steht unter Haushaltsvorbehalt.

5.2. Wahl des/ der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gleichstellung 2915/25
BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

Nach dem Aufruf der Drucksache stellte die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke) fest, dass 12 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend sind. Weiterhin wies sie darauf hin, dass jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme hat, die durch Ankreuzen auf dem Stimmzettel wahrgenommen wird.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Somit waren mindestens 7 Stimmen nötig.

Als Vorschläge lagen vor:

1. Wahlvorschlag: Frau Anita Pietsch (vorgeschlagen von der Fraktion CDU)
2. Wahlvorschlag: Herr Christian Braun (vorgeschlagen von der Fraktion AfD)

Auf Nachfrage wurden keine weiteren Vorschläge unterbreitet.

Zur vorgeschlagenen Bildung der Wahlkommission aus den Mitarbeitern des Sitzungsdienstes erhob sich kein Widerspruch. Sodann wurde die Wahlhandlung eröffnet und die Mitglieder an die Wahlurne gebeten.

Nachdem alle Ausschussmitglieder abgestimmt hatten, erklärte Frau Schwarz (Vorsitzende) die Wahlhandlung für beendet und gab das Wahlergebnis bekannt.

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:	12
Ungültige Stimmen:	1
Wahlvorschlag Frau Anita Pietsch:	9
Wahlvorschlag Herr Christian Braun:	2

³ Die Anlage 2 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 3 bei.

Die erforderliche Mehrheit an gültigen Stimmen wurde erreicht.

Damit wurde Frau Anita Pietsch zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Auf Nachfrage von Frau Schwarz (Vorsitzende) nahm Frau Pietsch die Wahl an.

gewählt

Beschluss

Zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird gewählt: Frau Anita Pietsch.

- 5.3. Förderung sozialräumlicher Projekte der freien Wohlfahrtspflege nach der FRLSozialesEF im Jahr 2026 2923/25
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Es bestand kein Diskussionsbedarf, sodass sofort darüber abgestimmt wurde.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Projektauswahl zur Förderung der sozialräumlichen Projekte im Jahr 2026 nach 2.2. der FRLSozialesEF gemäß Anlage 1⁴.

02

Die finanzielle Unterstützung der Projekte steht unter Haushaltsvorbehalt.

⁴ Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 4 vor.

6. **Vorberater von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates**
- 6.1. **Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird** 1273/25
– für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Nach dem Hinweis der Vorsitzenden, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke), dass in Drucksache 0095/26 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegt, der die Ursprungsdrucksache ersetzt, wurde in die Beratung eingestiegen.

Die Intention von Frau Wuttig (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Stärkung der lokalen Gesundheitsförderung sowie die Umwidmung der zusätzlichen Haushaltsmittel vom Amt für Soziales in das Gesundheitsamt aufgreifend verwies die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung und erläuterte eingehend die im Drosselbergzentrum vorgehaltene Versorgungsstruktur. Verwaltungsseitig wird eine gesundheitsbezogene Evaluation der Wirkungsqualität der Angebote und die Zielgenauigkeit der Netzwerkarbeit begrüßt, eine Erweiterung freiwilliger Aufgaben mit zusätzlichem Personalmehraufwand jedoch abgelehnt.

In der Folge fragte Frau Herold (Vertreterin der Fraktion AfD), ob die einreichende Fraktion im Vorfeld der Antragstellung im Austausch mit Leistungserbringern und Krankenkassen stand. Die Nachfrage blieb im weiteren Diskussionsverlauf unbeantwortet.

Frau Pietsch (Fraktion CDU) befürwortete die Argumentation des Gesundheitsamtes, von der Funktionsweise eines klassischen Gesundheitskiosks abzurücken und vordergründig standortbezogene Entwicklungspotentiale zu prüfen.

Im Ergebnis der Beratung ließ die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke), über die von Frau Wuttig (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) initiierte Festlegung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	2
Enthaltungen	4

Somit wurde mehrheitlich folgende Festlegung des Ausschusses getroffen:

Drucksache 0182/26	Im Rahmen der Aussprache zur Unterstützung und zum Ausbau der Gesundheitsförderung im Quartier wurde bis zum IV. Quartal 2026 um eine Evaluation der gesundheitsfördernden Maßnahmen am Beispiel des Drosselbergzentrums gebeten. Hierbei sind insbesondere die vorhandenen Bedarfslagen, die Frequentierung der einzelnen Angebote und Projekte sowie Möglichkeiten zur Erweiterung der Versorgungslandschaft für die Zielgruppe zu beleuchten. T: 10.11.2026 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
-------------------------------	---

Sodann erklärte Frau Wuttig (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Drucksache als Einreicherin zu vertagen, da inhaltlich weiterer Anpassungsbedarf gesehen besteht.

vertagt

- 6.1.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1273/25 - Mehr Gesundheit dort, wo sie gebraucht wird - für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk** 0095/26

siehe Tagesordnungspunkt 6.1

vertagt

- 6.2. **Erfurter Gemeinschaftsunterkünfte brauchen ein Qualitätsmanagement** 1884/25
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Zunächst wurde durch Frau Wuttig (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Rederecht für die Vertreter des Flüchtlingsrates Thüringen, MigraNetz Thüringen e.V. und des Ausländerbeirates beantragt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen 9
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 2

Damit wurde das Rederecht erteilt.

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründete die Drucksache mit den Erkenntnissen aus diversen Anfragen und der daraus resultierenden Notwendigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Geflüchteten in Erfurter Gemeinschaftsunterkünften. Ungeachtet der alleinigen Zuständigkeit der Stadtverwaltung im übertragenen Wirkungskreis sei es angebracht, einen Qualitätsmechanismus einer unabhängigen Kontrollinstanz einzurichten, um einer Unterschreitung des vorgeschriebenen Mindeststandards vorzubeugen. Für eine gelingende Integration und eine angemessene soziale Teilhabe seien vor allem WLAN-Zugänge von erheblicher Bedeutung.

Die Vertreterin des Flüchtlingsrates Thüringen stellte das Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement gGmbH sowie das BLEIBdran+ Netzwerk zur Schaffung von beruflichen Perspektiven für Geflüchtete in Thüringen ausführlich vor. Durch eine umfassende Förderakquise können speziell Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in den Gemeinschaftsunterkünften mit Beratungs- und Qualifizierungsangeboten bei der Arbeitsmarktintegration unterstützt werden. Mit Blick auf die Beschlussvorlage betonte sie, dass für die ohnehin schon vorbelasteten Menschen mit Fluchterfahrungen eine regelkonforme Unterbringung und bedarfsgerechte Versorgung von elementarer Bedeutung sei. Dies stärke auch nachhaltig den sozialen Frieden in den Einrichtungen. Dabei verwies sie beispielhaft auf die Verpflichtung zur Vorhaltung einer WLAN-Infrastruktur.

Bezugnehmend auf die Ausführungen seiner Vorrednerin stellte der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe, Herr Bredemeier, fest, dass die Aufgabenwahrnehmung als Pflichtaufgabe im übertragenen Wirkungskreis erfolgt. Daher ist eine Befassung des Ausschusses in der Sache grundsätzlich nicht zulässig, obgleich die zuständige Behörde hinsichtlich möglicher Anregungen gesprächsbereit sei.

Unter Verweis auf den Empfehlungscharakter in Beschlusspunkt 06 und die Ausstattung mit WLAN als freiwillige Leistung im Rahmen des Haushaltsrechts erachtete Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine Beschlussfassung für zulässig.

Der Vertreter des Ausländerbeirates bedauerte, dass die mangelnde Diskussion in der Sache. Er hob insbesondere entstehende Entwicklungshemmnisse bei Qualitäts- und Versorgungsmängeln sowie die Betroffenheit von Kindern hervor und appellierte an die Stadtverwaltung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die einer strukturellen Benachteiligung der Personengruppe entgegenwirken.

Aufgrund der unterschiedlichen Unterbringungsformen (klassische Gemeinschaftsunterkunft, Unterkünfte mit wohnungsähnlichem Charakter) seien die Herausforderungen differenziert zu betrachten, gab Herr Schellenberg (Leiter des Amtes für Soziales) zu bedenken.

Im Rahmen der anschließenden Aussprache bestand Uneinigkeit in der Frage, ob die Qualitätsstandards eingehalten und hinreichend überwacht werden.

Vor diesem Hintergrund erklärte der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Jugend, dass zu diesem Themenkomplex durch die Stadtverwaltung zu einem fachpolitischen Austausch mit Vertretern des Ausschusses, der Fraktionen, der Verwaltung, der Einrichtungsleitungen und weiterer beteiligter Akteure eingeladen werde, um die allgemeine Situation und mögliche Handlungsspielräume zu beleuchten.

Die Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßten den Vorschlag. In der Folge wurde die Drucksache durch den Einreicher bis zum Abschluss der Gespräche vertagt.

vertagt

- 6.3. Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt 2591/25**
BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

Die Rückfragen von Frau Pietsch (Fraktion CDU) und Herrn Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN) zur Ausgestaltung des Pilotprojektes und der Verstetigung des Angebots wurden durch die Gleichstellungsbeauftragte bzw. ihre Mitarbeiterin beantwortet. Als weiterführende Maßnahmen seien eine Informationskampagne, eine engere Beteiligung des Schülerparlamentes sowie Konzepte zur Missbrauchsprävention geplant.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass über die Drucksache abgestimmt wurde.

bestätigt Ja 8 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7. Festlegungen des Ausschusses**
- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 02.12.2025 2893/25**
– 3. Evaluierung des Maßnahmenplanes für das Erfurter Integrationskonzept (Drucksache 2290/25)
hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

siehe Tagesordnungspunkt 8.1

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. 3. Evaluierung des Maßnahmenplanes für das Erfurter Integrationskonzept 2290/25
BE: Beauftragter für Migration und Integration
hinzugezogen: von Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
benannte soziale Vereine und Verbände

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit der dazugehörigen Festlegung im TOP 7.1 (Drucksache 2893/25) aufgerufen sowie aufgrund der Anwesenheit von Gästen nach dem TOP 2 – Änderungen zur Tagesordnung – vorgezogen.

Die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke) informierte, dass zur diesem Tagesordnungspunkt Vertreter folgender sozialer Vereine und Verbände eingeladen wurden:

- Ausländerbeirat
- Fachdienst für Integration und Migration der AWO
- Evangelische Kirchenkreis
- Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
- Jüdische Landesgemeinde
- MigraNetz Thüringen e. V.
- Mitmenschen e.V.
- Paritätischer Landesverband
- Netzwerk für Integration Erfurt und Migrationsberatung Caritas Erfurt

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung über das Rederecht zur Drucksache.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Damit wurde das Rederecht erteilt.

Da sich Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Wort meldete, wurde mangels Mitgliedschaft im Ausschuss über das Rederecht abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Damit wurde das Rederecht erteilt und das Wort an Herrn Robeck übergeben.

In seinem Eingangsstatement erörterte er die aus seiner Sicht bestehenden Kritikpunkte an der Bewertungsmatrix. Diese unterscheidet unzureichend zwischen abschließend umgesetzten Maßnahmen und derer, die zwar umgesetzt wurden, aber dennoch weiterverfolgt werden müssten. Diesbezüglich erachtete er eine Überarbeitung der Kriterien des Evaluierungsberichtes für notwendig.

Die Vorsitzende des Ausländerbeirates ergänzte, dass der Beteiligungszeitraum für das Gremium zu kurzfristig war, um zu einzelnen Evaluationspunkten tiefgründig Stellung zu nehmen. Mithin gebe es weiteren Abstimmungsbedarf, um Problemlagen zu thematisieren und gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten.

Frau Pietsch (Fraktion CDU) gratulierte der Vorsitzenden des Ausländerbeirates zu ihrer Wahl und erkundigte sich nach den räumlichen und personellen Arbeitsbedingungen. Die Vorsitzende des Ausländerbeirates führte aus, dass Optimierungsbedarf besteht, um das Gremium als zentrale Anlaufstelle zu verankern. In diesem Zusammenhang bedankte sie sich bei der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates für die bisherige Unterstützung.

Die Vertreterin des Büros für Migration und Integration gab zu Protokoll, dass die vorgelegte Evaluierung die verwaltungsseitige Arbeitsgrundlage zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes darstellt. Im weiteren noch festzulegenden Prozess sei eine intensive Einbindung des Ausländerbeirates und der Akteure der MigraNetz Thüringen e. V. geplant, damit weitergehende Bedarfsfeststellungen darin einfließen können.

Auf Vorschlag von Herrn Robeck (Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde eine Festlegung angeregt, die den Arbeitsauftrag und Umsetzungshorizont zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes beinhaltet. Da unter den Ausschussmitgliedern sowohl inhaltlich als auch in zeitlicher Hinsicht kein einmütiges Stimmungsbild herrschte, stellte die Vorsitzende, Frau Schwarz (Fraktion Die Linke), den Vorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	2
Enthaltungen	4

Damit wurde nachfolgende Festlegung des Ausschusses getroffen:

Drucksache 0183/26	<p>In Vorbereitung auf die angekündigte Fortschreibung des Integrationskonzeptes wurde um Information gebeten, wer den entsprechenden Auftrag erteilt und anhand welcher Kriterien (Handlungsschritte, Zeitplanung, Beteiligungsprozess) die Fortschreibung vorgenommen wird. Weiterhin wurde die Frage aufgeworfen, wie mit den im Evaluierungsbericht als „vollständig umgesetzt“ gekennzeichneten Maßnahmen umgegangen wird.</p> <p>T: 24.02.2026 V: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister</p>
-------------------------------	---

Anschließend wurde mit dem TOP 3 – Dringliche Angelegenheiten – fortgefahren.

zur Kenntnis genommen

8.2. Mündliche Informationen

Es lag kein entsprechender Antrag vor.

8.3. Sonstige Informationen

Es lagen keine sonstigen Informationen vor. Sodann beendete Frau Schwarz (Vorsitzende; Fraktion Die Linke) die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Schwarz
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer